



<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>	Vorlage Nr.:	<b>2018/0540</b>
	Verantwortlich:	<b>Dez. 1</b>
<b>Sachstandsbericht FORUM RECHT</b>		

Beratungsfolge dieser Vorlage					
Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
<b>Hauptausschuss</b>	<b>11.09.2018</b>	<b>2</b>	<b>x</b>		

**Beschlussantrag**

Der Hauptausschuss wird um Kenntnisnahme zum aktuellen Stand des Projekts „FORUM RECHT“ in Karlsruhe gebeten.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>					
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu					
IQ-relevant	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	Ja	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	Ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	<input checked="" type="checkbox"/>	Nein	<input type="checkbox"/>	Ja	abgestimmt mit

## **„FORUM RECHT“ in Karlsruhe – Sachstand**

### **Hintergrund/Ausgangslage**

Die Idee für eine Einrichtung „FORUM RECHT“ in Karlsruhe, der Stadt, in der sich das einzige Verfassungsorgan außerhalb der Bundeshauptstadt befindet und die bundesweit bekannt ist als „Residenz des Rechts“, entstand mit der Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2010 unter dem Motto „Mit Recht.Karlsruhe“ im Jahr 2004.

Eine Initiative aus der Zivilgesellschaft einerseits und intensive Gespräche zwischen Bundesgerichtshof (BGH) und Bundesverfassungsgericht (BVerfG) haben diese Idee je getrennt voneinander weiterverfolgt. Diese wurde ab Mitte 2015 in Gesprächen zwischen Stadt, dem BGH und dem BVerfG zusammengeführt. Daraufhin gründete sich eine Initiative „FORUM RECHT“, die mit großem institutionellen und zivilgesellschaftlichen Engagement und mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt im Jahr 2017 eine Machbarkeitsstudie „FORUM RECHT“ in Karlsruhe erstellt hat. Diese Studie zeigt die Sinnhaftigkeit eines physischen und virtuellen Ortes auf, der Errungenschaften, Herausforderungen und relevante Fragen des demokratischen Rechtsstaates engagiert und spannend thematisiert.

Als realer Ort vorgesehen ist das Gelände neben dem Erbgroßherzoglichen Palais beim BGH, auf dem bis 1967 ein Torgebäude am Karlstor stand, das jedoch aus historischen und aus sicherheitsrelevanten Gesichtspunkten bislang nicht zu bebauen war und in das der ehemalige stillgelegte und unter Denkmalschutz stehende alte Sitzungssaal einbezogen werden soll.

In einem weiteren Schritt zur Realisierung gelang es, das „FORUM RECHT“ als Bundesprojekt Anfang 2018 im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD zu verankern mit dem Wortlaut: „Darüber hinaus unterstützen wir das „FORUM RECHT“ als dauerhafte Einrichtung des Bundes mit Hauptsitz in Karlsruhe. Ziel ist, den Bürgerinnen und Bürgern den Rechtsstaat im Sinne einer gewachsenen Rechtskultur als unverzichtbaren Teil unseres Zusammenlebens näherzubringen.“

Das „FORUM RECHT“ wurde im Bundeshaushalt des Justizministeriums verortet. Für das Jahr 2018 wurde zugesagt, dass weitere Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden, um die Machbarkeit des „FORUM RECHT“ in Karlsruhe zu konkretisieren. Parallel dazu finden auch weiterhin Gespräche mit Parlamentariern und dem Ministerium sowohl in Berlin als auch in Karlsruhe statt, um das Vorhaben „FORUM RECHT“ ab 2019 in eine Umsetzung zu bringen.

### **Resolution des Gemeinderats**

Der Gemeinderat hat am 23.01.2018 in seiner Resolution für das „FORUM RECHT“ und dessen Bau in Karlsruhe (Vorlage 2018/0014) die Initiative des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages begrüßt, heißt ein solches Vorhaben willkommen und bittet den Bundestag, diese Idee engagiert weiter zu verfolgen und die notwendigen Mittel für die Umsetzung dieser Einrichtung bereitzustellen.

### **Neueste Entwicklungen**

Am 10.07.2018 positionierte sich Bundesjustizministerin Dr. Katarina Barley bei ihrem Besuch im Rathaus in Karlsruhe sehr klar zugunsten des „FORUM RECHT“ in Karlsruhe, und zwar als Projekt des Bundes. Das FORUM RECHT ist ein herausforderndes Projekt, es ist machbar und muss jetzt konkretisiert werden. Dafür wurde im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) zwischenzeitlich eine Stabsstelle, zuständig für den „Pakt für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ und damit für das „FORUM RECHT“, das dort einen prominenten Platz einnimmt, eingerichtet.

Am 11.07.2018 fand ein zielführendes Gespräch im Staatsministerium in Stuttgart statt, in dem es um das in Frage kommende Grundstück beim BGH ging, das sich im Eigentum des Landes Baden-Württemberg befindet. Zwischenzeitlich hat der für Justiz, Tourismus und Europa zuständige Landesminister Guido Wolf in einem Gespräch in Karlsruhe zugesagt, sowohl die Landesjustizministerkonferenz zu informieren als auch die Dekane der juristischen Fakultäten nach Karlsruhe diesbezüglich einzuladen.

Ende Juli 2018 wurde der Förderantrag beim BMJV für das Aufbauprojekt „Auf dem Weg zum FORUM RECHT in Karlsruhe“ in Höhe von 150.000 Euro vom Karlsruher Forum für Kultur, Recht und Technik e. V. als Rechtsträger eingereicht. Die Zusage des Projektbeginns wurde erteilt. Geplant sind zwei Symposien, in denen mit einem breiteren Fachpublikum im September und im Dezember 2018 die Themen „Inhalt“ im BVerfG und „Gestaltung und Bau“ im BGH diskutiert und weiterentwickelt werden, zudem eine Expertise zur technischen sowie bau- und planungsrechtlichen Machbarkeit erstellt und darüber hinaus zielgruppenbezogene Öffentlichkeitsarbeit stattfinden wird.

Ende August 2018 kamen zahlreiche Abgeordnete des Haushaltsausschusses aus Berlin zu Gesprächen über die mittelfristige Haushaltsplanung und zum Vor-Ort-Besuch nach Karlsruhe. Der Sachstand hierzu wird (mündlich) ergänzt.

Mitte Mai 2018 wurde ein Förderverein „FORUM RECHT“ in Karlsruhe gegründet. Vorsitzender ist Ullrich Eidenmüller. Zweck dieses Vereins ist die ideelle und die auch über Karlsruhe hinausgehende Öffentlichkeitsarbeit „auf dem Weg zum FORUM RECHT in Karlsruhe“.

### **Das „FORUM RECHT“ und die Stadt Karlsruhe**

Die Stadt Karlsruhe ist, und das wurde vielfach bestätigt, zum Synonym für den Rechtsstaat geworden. Sie hat Strahlkraft für und weit über die Stadt hinaus.

Ein weiterer Pluspunkt für die Stadt ist, dass es eine gewachsene Vernetzung des Rechts mit vielen Karlsruher Institutionen gibt, ob Museen, Archive, Hochschulen, Theater, Schulen, Kulturinstitutionen. Das „FORUM RECHT“ soll sowohl zur Präsentation, zur Diskussion und zur Auseinandersetzung mit Recht in Justiz und Verwaltung dienen.

Zu Recht gehört das Recht nicht ins Museum, sondern in unterschiedlichster Weise unter die Menschen, auch als pädagogisches Konzept, wie die zahlreichen Schülergruppen, mit denen zum Recht diskutiert wird, zeigen. Und es gehört und bleibt wie die Rechte für alle in der Kulturkonzeption der Stadt verankert.

Das jährliche Karlsruher Verfassungsgespräch, das Rechtshistorische Museum, die Justizpressekonferenz und viele weitere Institutionen greifen immer wieder das Thema Recht auf und die jährlich über 18.000 Besucherinnen und Besucher in über 450 Gruppen allein der drei Einrichtungen Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichtshof und Generalbundesanwaltschaft verweisen auf das überaus große Interesse an den mit Karlsruhe verbundenen Rechtsinstitutionen.

All dies zeigt sich in den intensiv anlaufenden Vorbereitungen zum Jubiläumsjahr 2019, ob 100 Jahre Frauenwahlrecht im Januar 2019, ob 70 Jahre Grundgesetz, ob Bürger-VerfassungsfEST im Mai 2019, verbunden mit dem inzwischen zur Tradition gewordenen Karlsruher Verfassungsgespräch am 22.05., dem Vorabend des Tages des Grundgesetzes.

Die Stadt Karlsruhe sieht sich durch die zahlreichen Besuche aus Berlin bestätigt, mit dem „FORUM RECHT“ auf dem richtigen Weg zu sein, einerseits deshalb, weil die Bürgerinnen

und Bürger unseres Landes sich in unserem verbindlichen Rechtssystem auf das Grundgesetz verlassen können, das wegen und trotz historischer Erfahrungen ein selbstverständlicher Grundpfeiler unseres Zusammenlebens geworden ist.

Mit dem „FORUM RECHT“ will die Stadt, die Mitinitiator des „FORUM RECHT“ ist, ins Bewusstsein der Gesellschaft rücken, dass unser Rechtsstaat kostbar ist und nicht an Aufmerksamkeit und Wertschätzung verliert, sondern dass Recht und Gerechtigkeit im gesellschaftlichen Dialog lebendig bleiben, dass die wichtigste Währung in der Demokratie das Vertrauen in diesen Rechtsstaat ist, und dass Angriffe auf Recht und Rechtsstaat schon in ihrem Anfängen entlarvt werden.

### **Ziel und Fazit**

Ziel der Stadt und der weiteren Initiatoren ist es, das überaus ambitionierte Bundesprojekt „FORUM RECHT“ in Karlsruhe, wie im Koalitionsvertrag verankert, ab 2019 konkret an den Start zu bringen. Dieses Zukunftsprojekt ist in Ansätzen vergleichbar mit dem Haus der Geschichte in Bonn oder dem Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig.

Fazit aller bislang Beteiligter in Bund, Land und Stadt, ob ehrenamtlich oder als Funktionsträger, ist, dass zwischen Machbarkeitsstudie, Aufbauprojekt und dem Bundesprojekt kein „Zwischenjahr“ entstehen darf. Mit der Fertigstellung des „FORUM RECHT“ wird in den Jahren 2025/2026 gerechnet.

Die Stadt Karlsruhe wird dieses Projekt „FORUM RECHT“ im Rahmen der bisher bestehenden Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit begleiten.

### **Beschluss:**

Antrag an den Hauptausschuss

Der Hauptausschuss wird um Kenntnisnahme zum aktuellen Stand des Projekts „FORUM RECHT“ in Karlsruhe gebeten.